

Treffen des Attac-AK Grundlagen am 27. März 2013

Gerd Zeitler hielt ein Referat zum Thema **wirtschaftliche Spekulation** (siehe seine Stichworte dazu in der beigefügten pdf-Datei)

Zitat aus der Einladung zum AK:

Spekulationen sind eine der Ursachen der Finanzkrise. Wir wollen Spekulationen differenziert betrachten. Worin liegt ihre Problematik? Und welche Spekulation ist akzeptabel, weil sie der Realwirtschaft dient?

Zu unterscheiden sind vier Kategorien wirtschaftlicher Spekulation: (1) Investitionen in wirtschaftliche Unternehmungen, (2) Absicherung wirtschaftlicher Risiken, (3) Nutzung von Preisunterschieden und (4) Wetten auf Preisbewegungen. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie nützlich bzw. schädlich die unterschiedlichen Ausprägungen spekulativer Transaktionen einerseits betriebs- und andererseits volkswirtschaftlich sind, wie sie zur globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise und speziell zur Überschuldungs- und Euro-Krise beigetragen haben, und welche Ausprägungen auch in einer zukunftsfähigen postneoliberalen Wirtschaftsordnung ihre Berechtigung hätten.

Protokoll der Diskussion (Jochen)

Gerd weist auf bestimmte problematische Spekulationen hin, die sich auf Preisunterschiede (Arbitrage) beziehen, und solche, die als Wetten auf Preisbewegungen zu bezeichnen sind. Beide Arten haben keinen direkten Bezug zur Realwirtschaft (beziehen sich zwar auf physische Basiswerte, aber ohne physische Absichten). Sie sind schädlich, weil sie erheblich dazu beitragen, dass sich Spekulationsblasen bilden. Diese Blasen führen zu Firmenzusammenbrüchen, Arbeitslosigkeit und Not, wie wir immer wieder erleben.

Zunächst **zu den sinnvollen Spekulationen**: Gerd beschreibt am Beispiel der Landwirtschaft die klassische Situation einer sinnvollen Spekulation als eine Form der Versicherung auf unvorhersehbare Ereignisse (Termingeschäfte): ein Bauer vereinbart mit dem am Kauf seiner Ernte interessierten Händler einen bestimmten Preis für den Zeitpunkt, wenn die Ernte z.B. von hundert Hektar Kartoffelanbaufläche eingebracht ist und verkauft wird. Zum Zeitpunkt der Preisvereinbarung wissen beide Akteure natürlich noch nicht, wie die Wetterverhältnisse bis zur Ernte sein werden, von denen die Menge des Ernteertrags abhängt. Bei sehr schlechten Wetterverhältnissen, die zu Ertragsausfällen führen, würde wegen der dann zu erwartenden Knappheit der Preis der Kartoffeln steigen. Bei guten Wetterverhältnissen wird der Preis niedriger sein. Beide Verhandlungspartner wissen nicht, ob sie zum Zeitpunkt des Verkaufs einen Verlust oder Gewinn machen werden (im Vergleich zu dem Preis, der für die Kartoffeln zu diesem Zeitpunkt erzielbar gewesen wäre). Sie einigen sich auf einen Preis, bei dem sich beide einen Vorteil versprechen. Das ist eine Möglichkeit, mit in der Zukunft liegenden Unsicherheiten (Risiken) umzugehen.

Könnte eine konventionelle Versicherung nicht die gleiche Funktion erfüllen? Nicht so gut, denn sie funktioniert nicht so einfach und schnell wie eine Versicherung über Spekulation.

Wie Punkt 2 der Präsentation („Absicherung wirtschaftlicher Risiken“) zeigt, können neben landwirtschaftlichen Erträgen auch Rohstoffe, Devisen und andere Dinge auf diese Art mittels Spekulation abgesichert werden.

Spekulation macht betriebs- und volkswirtschaftlich Sinn, wenn sie für die Realwirtschaft eine Versicherungsfunktion erfüllt.

Was sind Derivate und worin liegt ihre Problematik?

Die folgende Begriffserläuterung stammt aus Wikipedia:

Derivate sind Finanzinstrumente, deren Preis oder Wert von den künftigen Kursen oder Preisen anderer Handelsgüter (zum Beispiel Rohstoffe oder Lebensmittel), Vermögensgegenstände (Wertpapiere wie zum Beispiel Aktien oder Anleihen) oder von marktbezogenen Referenzgrößen (Zinssätze, Indices) abhängt. Der Begriff lässt sich nicht scharf abgrenzen und wird überwiegend als Sammelbegriff für Finanztermingeschäfte verwendet. Ebenso kann der Wert von der Wahrscheinlichkeit des Eintretens eines Ereignisses wie zum Beispiel eines Staatsbankrotts oder der Insolvenz eines Unternehmens abhängen. Es handelt sich hierbei um Verträge, in denen die Vertragsparteien vereinbaren, einen oder mehrere Vertragsgegenstände zu festgelegten Bedingungen in der Zukunft zu kaufen, zu verkaufen oder zu tauschen, beziehungsweise alternativ Wertausgleichszahlungen zu leisten. Vereinfacht ausgedrückt sind Derivate an die Entwicklung von Indices, Ereignissen oder bestimmten Preisen gekoppelte Verträge, die börslich oder außerbörslich abgeschlossen werden. Das Wort *Derivat* ist lateinischer Herkunft (v. *derivare* = ableiten) und bezieht sich auf die Eigenschaft des abgeleiteten Preises (Kurs) dieser Instrumente von einem ihnen zugrunde liegenden Basiswert.

Problematische Spekulationen: Die Derivate haben in der Finanzkrise eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Die US-Immobilienblase und ihre schlimmen weltweiten Auswirkungen wurde durch sie angeheizt. Das Ausfallrisiko für die Hauskredite waren nicht durch reale Sachwerte abgesichert. Die Tilgung der Kredite wurde „bezahlt“ durch den angeblich steigenden Wert der Häuser. Die Nachfrage nach Häusern (und entsprechende Investitionen) wurde verstärkt durch steigende Preise für Häuser. Diese steigenden Preise standen jedoch nur auf dem Papier und hatten keine Entsprechung in der Realität (denn die Häuser wurden nicht wertvoller). Die Steigerung des Hauswerts war eine Fiktion, die auf der Annahme ständig steigender Nachfrage beruhte. Als diese Nachfrage nachließ, weil die Hypothekenzinsen stiegen, platze die Immobilienblase. Ihre Zerstörungsmacht beruhte auf Derivaten (Wetten auf Preisbewegungen), die in Päckchen aus Hypotheken mit unterschiedlichen Risiken (Bonitäten) „geschnürt“ waren und zu komplex waren, um von den Finanzinstituten noch durchschaut werden zu können. Diese Päckchen wurden zunächst gewinnbringend gehandelt, bis ihre Giftigkeit (ihr gefährlicher Risikogehalt) erkannt wurde – zu spät. Einen hohen Anteil der Schuld an dieser Finanzkatastrophe hatten die Ratingagenturen, weil diese die giftigen Wertpapiere bis zuletzt in ihrem Wert völlig falsch (über)bewertet hatten. Viele Banken, die sich mit solchen Papieren voll gestopft hatten, gerieten ins Straucheln, auch sog. „systemrelevante“ Banken, die von Staaten gerettet wurden – in mehreren Staaten mit der Folge einer Überschuldung.

Solche Spekulationen sind mit allen möglichen Finanzprodukten geschehen, ihr Markt ist immer mehr gewachsen. Je abgeleiteter und komplexer ein Finanzprodukt ist, desto schwerer ist sein Risiko einzuschätzen. Die fragile Konstruktion vieler miteinander verknüpfter Finanzprodukte ist störanfällig. Sobald ein für die WertEinstufung relevantes unvorhergesehenes Ereignis eintritt, bricht das gesamte Kartenhaus zusammen.

Jemand weist darauf hin, dass Wetten bezogen auf Derivate mit mehr als 80% das weltweite Spekulationsgeschehen dominieren. Gerd erläutert, dass die vielen Derivat-Wetten, die in kurzer Zeit Milliarden Dollar oder Euro bewegen, kein

„virtuelles Geld“ schaffen (wie oft behauptet wird), sondern dass die Geldbeträge solcher Casino-Spekulationen ganz normal verzinst irgendwo auf Banken liegen. Diese realen Beträgen auf den Konten der spekulierenden Akteure werden auf den jeweiligen Konten vermehrt oder vermindert – je nach dem, bei welchem Kontoinhaber aus den Wetten Gewinne oder Verluste entstanden sind. Bei Derivaten, die Wettcharakter haben, wird Geld nur in der Höhe der Gewinne und Verluste transferiert. Spekulationen verändern nicht die Geldmenge. (*Zur Thematik „virtuelles Geld“ siehe Kasten am Schluss dieses Dokuments*)

Man spricht auch vom spekulativen Kreislauf der Derivate: Geld wird hier gegen ein (vertraglich geregeltes) Zahlungsverprechen eingesetzt, das in der Zukunft eingelöst wird. Das Risiko ergibt sich aus der Unvorhersehbarkeit der Zukunft. Die Wetten sind ein Nullsummenspiel: der eine gewinnt, was der andere verliert.

Die großen institutionellen Anleger (Banken, Versicherungen, Hedgefonds...) ziehen die kleinen Spekulanten und Anleger über den Tisch. Denn sie sind mit dem know-how ihrer Experten und ihrer hoch spezialisierten Software in der Lage, das in der Zukunft liegende komplexe Finanzmarktgeschehen besser vorherzusehen als die Masse der privaten Kleinspekulanten, die ihr Ersparnis nach ihren persönlichen Einschätzungen anlegen. Das ist einer der Gründe, warum das globale Finanzsystem zum Auseinanderklaffen von Arm und Reich beiträgt.

Weitere Diskussionsthemen:

Was ist Geld?

Der Ertrag menschlicher Arbeit, konvertierbar in andere Leistungen (Tauschfunktion). Mein Geld ist meine Forderung an die gesamte Volkswirtschaft (universelles Tauschmittel). Der geschaffene Wert der Arbeit (Ertrag, Lohn) kann über Geld „aufbewahrt“ (konserviert) werden (Wertaufbewahrungsfunktion). Ersparnis ist gespeicherte Leistung.

Der gleich bleibende Wert des Geldes hängt von dem Vertrauen ab, dass die Kaufkraft dieser Währung über längere Zeit erhalten bleibt. Der Wechselkurs zeigt den Wert des in einem währungspolitischen Wirtschaftsraum gültigen Geldes (z.B. Euro im Euroraum) im Verhältnis zum Geldwert eines anderen Währungsraumes an (z.B. Dollar). Ein relativ stabiler Geldwert eines relativ großen Währungsraumes wird als „Leitwährung“ (Ankerwährung) bezeichnet (z.B. Dollar und Euro).

Darf mit Geld mehr Geld gemacht werden? (Funktion von Kapital)

Ersparnis kann einfach nur aufbewahrt werden (z.B. als Bargeld unter dem Kopfkissen) oder es kann verwendet werden, um Erträge zu erwirtschaften und damit Gewinne zu machen (also aus Geld mehr Geld zu machen). Man sagt, „Geld arbeitet“, wenn man an die Zinsen denkt, die jemand für verliehenes Geld bekommt. Die Geschichte dazu: Jemand spart sich einen Betrag und gibt jemandem diesen Betrag. Dieser Jemand kauft sich von diesem Geld eine Maschine (Kapital) und setzt sie ein. Der Jemand erzielt mit Hilfe dieses Kapitals kombiniert mit seiner eigenen Arbeit einen Ertrag. Von diesem muss er einen Teil (nämlich Zinsen) an den Verleiher des Geldes abgeben. Der Geldgeber bekommt also einen Ertragsanteil in Form von Zinsen, weil sein Geld die Grundlage für Ertrag/ Gewinn geschaffen hat.

Wachstum der Geldmenge: Wie entsteht mehr Geld?

Geld wird über die Ausgabe von Krediten geschaffen. Wenn Banken Kredite (deren Wert sie nur zu einem Bruchteil bei der Zentralbank absichern müssen) vergeben, dann veranlassen sie damit eine entsprechende Leistung: Menschen arbeiten (mit

Hilfe von Maschinen) und schaffen Werte. Diesem Mehr-Wert entspricht das Mehr-Geld. Man könnte etwas flapsig auch sagen: Das in Form eines Kredits geschaffene Geld tut so, als ob die Leistung schon erbracht wäre.

Früher war Gold der Maßstab für den Wert des Geldes. Das Geld einer bestimmten Volkswirtschaft musste jederzeit mit Gold, das in der Schatzkammer des jeweiligen Regenten lag, in einem festgelegten Verhältnis konvertierbar (eintauschbar) sein. Damit war ein Riegel vorgeschoben gegenüber Absichten von Regenten, sich Vorteile dadurch zu verschaffen, dass einfach mehr Geldscheine gedruckt wurden ohne real erzeugten Gegenwert.

US-Präsidenten Nixon hat die Goldbindung des Dollars aufgehoben – die physikalische Basis, auf die der Wert des Dollars objektiv bestimmen ließ und auf den sich andere Währungen beziehen konnten. Seitdem besteht die Gefahr einer unkontrollierten Geldmengenvermehrung, die zur Inflation führt. Die Notenbanken (z.B. die Europäische Zentralbank) haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass in der jeweiligen Volkswirtschaft die Geldmenge in einem angemessenen Verhältnis zu den realen Werten und den voraussichtlichen Investitionen steht.

Die Abkehr vom Goldstandard hat den Vorteil, dass das Horten von Gold (als konstanten Wertbewahrer) nun wirtschaftlich nicht mehr sinnvoll ist. Auch das Festhalten von Geld macht heute keinen Sinn mehr. Denn wer heute Geld in den Sparstrumpf steckt, der riskiert, dass dieses Geld von der schleichenden Inflation (Geldentwertung von 2% jährlich gilt als „normal“ und „gesund“) allmählich aufgefressen wird. Es besteht also ein Anreiz, das Geld auf der Bank oder anderswo anzulegen, so dass damit mehr Wert geschaffen werden kann (mindestens in Höhe des Inflationsausgleichs). Die Produktion (die Schaffung von Wert) wird in einer Volkswirtschaft durch ständig zirkulierendes Geld aufrecht erhalten und erweitert.

Wie lässt sich die Wachstumsproblematik lösen?

Zunächst: Umgang mit Kapital

Es wird das Beispiel des Webstuhls diskutiert. Im vorigen Jahrhundert hat die Erfindung des Webstuhls (die Investition in entsprechende Maschinen) dazu geführt, dass als Folge der in den Textilfabriken erfolgten Rationalisierung von Arbeit sehr viele Heimarbeitsplätze verloren gingen und in den davon betroffenen Familien große Not entstand. Hier stellt sich die Frage: welche Auswege gibt es (außer Maschinenstürmerei)?

- Verteilung des Rationalisierungserfolges: der erwirtschaftete Ertrag wird auf alle Arbeitenden verteilt (in Form höherer Löhne) abzüglich des Geldes, das für die Instandhaltung der Arbeitsplätze notwendig ist. Nachteil: die Arbeitslosen bleiben dann „außen vor“. Außerdem fehlt Geld für Neuinvestitionen.
- die Arbeitszeit wird verkürzt (um Arbeitslosigkeit zu vermeiden)
- und/oder es wird der Ertrag in zusätzliche Arbeitsplätze investiert (Neuinvestitionen).
- Abführen eines Teils des Ertrages in Form angemessener Steuern: mit diesen übernimmt es der Staat, für alle seine Bürger solche Leistungen anzubieten, die ein Mindestmaß an Wohlstand gewährleisten (die dann nicht mehr oder weniger den Geldbeutel des Einzelnen belasten). Beispiele: staatliche Investitionen in Bildung, Gesundheit, Verhinderung von Altersarmut, Möglichkeit von Mobilität...

Ob durch Rationalisierung / Automatisierung Arbeitslosigkeit entsteht, hängt vor allem vom Grad der Dezentralisierung der wirtschaftlichen Strukturen ab. Die Dezentralisierung sollte deshalb immer dem technologischen Fortschritt angepasst werden, am besten durch progressive Besteuerung der Unternehmensgrößen. Durch die Beschränkung der Unternehmensgrößen werden auch Kapital- und Machtkonzentrationen verhindert.

Lässt sich in der Marktwirtschaft das quantitative (nicht das qualitative) Wachstum zurückführen auf ein umwelt- und zugleich sozialverträgliches Maß (Stichwort: nachhaltige Wirtschaft)?

Zur Systemkonkurrenz Planwirtschaft – Marktwirtschaft (Beispiel DDR-BRD):

Wenn in einer Planwirtschaft der Staat die Entscheidungen über Investitionen und über die Verwendung ihrer Erträge vollständig an sich zieht, leidet darunter der in quantitativen Einheiten messbare Wohlstand. Eigeninitiative und Risikobereitschaft in der Bevölkerung sind deutlich schwächer ausgeprägt als in einer Marktwirtschaft. In der Folge mangelt es an Neuinvestitionen, an innovativen Entwicklungen, neuen Ideen, die trotz hohen Risikos umgesetzt werden. Ohne Wettbewerb gehen Qualität und Vielfalt des Angebots an Waren und Dienstleistungen zurück. Die Frage ist allerdings, ob die in einer Marktwirtschaft erwirtschaftete Masse an Waren (Stichwort: Wegwerfgesellschaft) wirklich gebraucht wird und nicht höchst unerwünschte Nebenfolgen hat.

Wenn hier von „Marktwirtschaft“ (als Typus) die Rede ist, so wird unterstellt, dass es sich dabei nicht um eine „reine“ (ungeregelte), sondern um eine echte „soziale Marktwirtschaft“ handelt – wo also ein starker demokratischer Staat die Märkte im Sinne sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit tief greifend reguliert.

An dieser Stelle kommen wir zur Wachstumsproblematik, speziell zur Frage, wie der Umsatz an materiellen Ressourcen (vor allem an nicht erneuerbarer Energie) eingeschränkt werden kann, ohne deshalb in eine Planwirtschaft zu verfallen. Diese Frage wurde nicht ausdiskutiert.

Wie soll es mit der EU weiter gehen? Primat der Wirtschaft oder der Politik?

Frage: Märkte sind im Prinzip zwar sinnvoll, wie kann aber Wettbewerb so gelenkt werden, so dass dabei die Bevölkerung nicht (wie in den EU-Südländern) in Not gerät?

Die Lissaboner Strategie" (2005) für die EU besagt, die EU solle "die wettbewerbsfähigste wissensbasierte Volkswirtschaft der Welt" werden. Merkel spricht von „marktkonformer Demokratie“ und hat beim Davos'schen Weltwirtschaftsforum zu einem „Pakt“ der EU-Länder „für mehr Wettbewerbsfähigkeit“ gegenüber anderen Regionen der Welt aufgerufen.

Die Wettbewerbsfähigkeit sei das zentrale Thema für die Zukunft. Nur so könne der Wohlstand gehalten und noch weiter entwickelt werden. Es dürfe dabei nicht so weit kommen, dass etwa die Lohnstückkosten in der EU sich auf einem Mittelmaß einpendelten. Diese Aussage lässt sich so interpretieren, dass ganz Europa eine "Agenda 2010" braucht, mit Verringerung der Entlohnung und der Rechte der Lohnarbeit.

Das Thema „Überbevölkerung“ wird angesprochen – das „am meisten tabuisierte Thema“. Diese bedeutet für Europa: Während in Europa die Bevölkerung schrumpft, wächst sie in den Entwicklungs- und Schwellenländern mit entsprechendem

Ressourcenbedarf. Das Schrumpfen der Bevölkerung ist wegen der sehr hohen Bevölkerungsdichte nicht das Problem, sondern sogar erwünscht, wenn man den Maßstab des „ökologischen Fußabdrucks“ heranzieht. Aber darum geht es in der neoliberal gesteuerten Politik bekanntlich nicht. Angesichts der hohen Dichte in Europa wird ein enormer Druck erzeugt, die dritte-Welt-Länder unfähig und abhängig zu halten, damit sie gezwungen sind, ihre (vermeintlich überschüssigen) Ressourcen gegen die (vermeintlich hochwertig und intelligenten) Produkte westlicher Industrien zu tauschen. Ist angesichts dieses Zusammenhangs vielleicht der folgende Gedanke Hintergrund der „Lissaboner Strategie“ und Merkels Aufruf?: Europa muss schauen, dass die Ressourcen anderer Weltregionen ihm zur Verfügung stehen - zu niedrigen Preisen.

Unabhängig von der Frage des Bevölkerungswachstums wird natürlich auch die Wirtschaftskraft (speziell die wirtschaftliche Standortgunst für Investitionen) der Entwicklungs- und Schwellenländer als Bedrohung wahrgenommen. Wenn diese Länder bestimmte Voraussetzungen (wie Rechtssicherheit, Ausstattung mit notwendiger Infrastruktur) erfüllen, dann bieten sie für das Kapital rentablere Anlagemöglichkeiten als die alten und satten Industrieländer. Eine Abwanderung der Industrie (De-Industrialisierung) würde diese „alten“ Industrieländer in Abhängigkeit von den aufstrebenden Regionen bringen, wenn sich die Industrie dort wegen der niedrigeren Lohnstückkosten wesentlich besser entwickelt und diese von den „alten“ Industrieländern abzieht (wie es z.B. in den USA im Hinblick auf China bereits der Fall ist).

Die EU ist bisher allein nach wirtschaftlichen Interessen konstruiert, also neoliberal (die Freiheit des Marktes dominiert alle anderen Ziele und Belange). Fragen des sozialen Ausgleichs wurden und werden vernachlässigt.

Es entsteht eine Diskussion zur Frage, ob Griechenland und andere „Südländer“ (Staaten mit weniger durchschnittlicher Produktivität als die „Nordländer“) aus dem Euro aussteigen sollten oder nicht. Was liegt im Interesse dieser Länder?

Für den Ausstieg wurde argumentiert, dass dann die Südländer ihre Währung abwerten können mit dem Effekt, dass ihre Exporte verbilligt und ihre Importe verteuert werden. Das sei die Voraussetzung für eine Gesundung der Wirtschaft aus eigener Kraft. Mit dem Euro sei das Schicksal Griechenlands besiegelt, weil es auf diese Weise nicht auf die Beine kommen könne. Die gegenwärtige Situation sei unerträglich: dauerhafte Abhängigkeit vom Finanzmarkt und von den Entscheidungen der „Troika“ (Verlust von Eigenständigkeit, Aushebelung der Demokratie). Es werde zur Zeit (in einer Euro-Zwangsgemeinschaft) nur Hass zwischen den Ländern gesät. Die Bevölkerungen der Gläubigerländer sagen: wir wollen nicht mit unseren Steuergeldern für Versäumnisse der Schuldnerländer haften. Und die Schuldnerländer wollen sich ihre Politik nicht von den Gläubigern (privaten Geldgebern und den anderen EU-Staaten) vorschreiben lassen.

Gegen den Ausstieg wurde argumentiert, dass dann das „Projekt Europa“ gefährdet sei. Zwar seien zur Zeit die neoliberalen Marktmechanismen beherrschend, aber es müsse mit aller Kraft versucht werden, die EU weiterzuentwickeln zu einem solidarischen Europa. Dazu gehöre eine gemeinsame Fiskalpolitik (Austrocknung der innereuropäischen Steueroasen) und Bankenunion (Kontrollen zur Vermeidung von Spekulationsblasen und von „systemrelevanten“ Finanzinstituten), auch eine abgestimmte Sozial- und Umweltpolitik. Europa solle als Staatenbund („Europa der Völker“) organisiert werden. Auf der EU-Ebene müsse das Parlament als echte

Völkervertretung die Macht erhalten, um die für ein solidarisches Europa notwendigen Gesetze beschließen zu können. Der Nachteil, den die wenig produktiven Südländer zur Zeit haben, weil sie nicht abwerten können (Argument siehe oben), sei nicht das Kernproblem, das die Gesundung ihrer Wirtschaft unmöglich mache. Das Beispiel England mache deutlich, dass auch bei eigener Währung die Wirtschaft nicht auf einen grünen Zweig kommt, wenn wichtige Fehlentwicklungen (De-Industrialisierung, Abhängigkeit der Wirtschaft vom Finanzsektor) weiter bestehen. Der griechischen Wirtschaft könne durch eine gezielte Industriepolitik der EU und durch andere Hilfen (z.B. bessere Organisation der Steuerverwaltung, gestärkte Rechtsordnung, bessere Bildungseinrichtungen) auf die Beine geholfen werden. Das sei zwar ein schwerer und noch langer Weg, aber ohne diese Anstrengungen würden die Einzelstaaten weiter wie bisher gegeneinander konkurrieren (Standortwettbewerb über Steuer- und Sozialdumping).

Allerdings sei sehr fraglich, ob kurzfristig eine solche Politik der europäischen Solidarität angesichts der starken nationalistischen Strömungen in einigen europäischen Ländern und angesichts eines fehlenden gemeinsamen politischen Willens in der EU (kein in wichtige Fragen entscheidungsfähiges EU-Parlament, stattdessen Expertenheerrschaft und Bürokratie) realisierbar ist. Es wird stark bezweifelt, dass der zur Zeit beschrittene Weg, über einen neoliberal-ökonomischen „Hebel“ zu mehr europäischer Solidarität zu gelangen, gangbar ist. Sät er nicht vielmehr Hass zwischen den europäischen Nationen? Wäre nicht ein funktionsfähiges europäisches Parlament der notwendig erste Schritt, dem dann andere (ökonomische und soziale Regelungen) folgen müssten?

Die Regionalisierung im Rahmen Europas sei längerfristig ein gangbarer Weg. Dabei sei das Prinzip der Subsidiarität konsequent auch im Hinblick auf die Wirtschaft durchzusetzen: Zuordnung von Entscheidungskompetenzen von der kleinen bis zur große Ebene. Die kleinste (wichtigste) Entscheidungsebene ist die Kommune oder Kommunalverbände, die nächste Ebene sind Regionen in der Größenordnung von Bundesländern, dann kommt die Ebene des Nationalstaates und schließlich die europäische Ebene. Es müsse demokratisch entschieden werden, welche Kompetenzen auf welcher Ebene am besten anzusiedeln sind. Demokratie funktioniert bekanntlich am besten auf der untersten Ebene, wo die Politiker noch bekannt sind und für ihr Abstimmungsverhalten in den Entscheidungsgremien noch zur Verantwortung gezogen werden können. Je größer die Ebene, desto weniger transparent die Entscheidungsprozesse und desto größer die Gefahr von Lobby- und Expertenheerrschaft, d.h. wachsende Entfernung vom Willen der Bevölkerung.

Um Missverständnissen vorzubeugen am Schluss einige vertiefende Bemerkungen zur oft aufgeworfenen **Frage des virtuellen oder fiktiven Geldes** (wird die Geldmenge („Echtgeld“) durch dieses „künstliche Geld“ erhöht?)

Dazu ein Zitat aus dem Buch " Kapitalismus und dann?" von Harald Bender et al.

Es ist dem Attac-Rundbrief "Finanzkrise. Eine Basisinformation von Attac-Stuttgart, Januar 2009" entnommen. Zitat:

„Die Geldmenge des realwirtschaftlichen Geldes (Echtgeld) wächst reichlich und würde reichen, die Realwirtschaft am Laufen zu halten. Viel schneller wächst allerdings die Menge des fiktiven Geldes der Geldmarktpapiere auf den spekulativen Finanzmärkten (Künstliches Geld). Dieses fiktive Geld wird durch spekulativen Geldhandel geschaffen und lag 2009 bei 850% des Weltbrutto-Sozialprodukts (WBSP), also etwa achtmal höher als die realwirtschaftlichen Werte.

Dieser spekulative Geldhandel führt zu Fehlsteuerungen der Geldanlagen. Er manipuliert und destabilisiert damit die Realwirtschaft, riskiert platzende Geldblasen, zwingt Staaten zu steuerfinanzierten "Rettungsschirmen", um die Finanzmärkte "zu beruhigen". Das führt auch realwirtschaftlich starke Länder an die Grenzen des Staatsbankrotts, obwohl deren Realwirtschaft gut funktioniert.“

Dann folgt im Text eine Graphik - ein auf dem Kopf stehendes Dreieck - mit der Unterschrift: "Die Geldpyramide der Welt steht auf dem Kopf". Sie beschreibt die "globale Liquidität":

Künstliches Geld: Derivate 80% oder 855% WBSP

Anleihen 10% oder 107% WBSP

Echtgeld: Giral- und Notenbankgeld 9% oder 96% WBSP

Bargeld 1% oder 11% WBSP

Dazu die **Antwort** eines Diskussionsteilnehmers:

Die alarmierende These entsteht dadurch, dass man mit einem statt mit drei Begriffen operiert. Es muss differenziert werden: es gibt Geld (Zahlungsmittel, ein Bruchteil des Welt-BIP, weil es zirkuliert), dann Vermögen (z.B marktgängige Kreditverträge, wie die erwähnten Anleihen, viel, weil Vermögen ist ein Vielfaches des Welt-BIP) und dann noch Derivate, also Verträge, die Risiken gegen Gebühr transferieren von denen, die sie nicht gut tragen können, zu denen, die sie besser tragen zu können glauben (im nicht-pathologischen Normalbetrieb).

Wenn man das alles als Geld zusammenfasst, entsteht Verwirrung. Sollte man aber nicht, denn die drei genannten Kategorien sind zu unterschiedlich. Mit einem Vertrag der Risiko tranferiert (ein CDS, also eine Kreditversicherung) kann man nicht sparen oder zahlen.

Richtig ist natürlich auch, dass das die Vermögen sich allzu oft nicht an den richtigen Stellen in Kapital verwandeln, dass in diesem Prozess Krisen entstehen. Der Finanzsektor ist tatsächlich eine zwiespältige Schicksalsmacht, eben das köhlersche "Monster".